



Die Welt steht an einem gefährlichen Abgrund

- Im Konflikt um Nordkorea drohen Staatsführer offen mit einem Atomschlag. Das allein schon widerspricht der UN-Charta, die die Androhung von Gewalt verbietet.
- Die von Nobelpreisträgern geführte Atomkriegsuhr wurde im Januar 2018 auf zwei Minuten vor zwölf vorgestellt. So nah an der 12 wie noch nie seit 70 Jahren.
- Die Trump-Regierung schreckt die Welt mit Militärstrategien auf, die sehr an den Kalten Krieg erinnern und der Kongress steigert den Rüstungshaushalt bis 2019 von 620 auf 780 Mrd. Dollar. Das ist der höchste Zuwachs eines Staates nach Ende des Zweiten Weltkriegs.
- Die NATO-Staatslenker*innen haben beschlossen, ihre Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung anzuheben, was für Deutschland etwa ihre Verdopplung bedeutet.
- Die angeblich zivile EU beschließt einen Kriegshaushalt und gibt sich damit zunehmend einen militärischen Charakter
- Das Uppsala Conflict Data Programm ermittelte für 2015 mit 52 und 2016 mit 51 bewaffneten Konflikten weltweit Höchststände seit Ende des Kalten Krieges.
- Nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI war der Wert exportierter schwerer Rüstungsgüter 2016 wieder so hoch wie zu Hochzeiten der Blockkonfrontation.
- Die UNO zählte 2016 65,6 Millionen Geflüchtete. So viel wie nie zuvor. Dass Rüstungsexporte und Krieg Fluchtursachen sind, kommt dabei kaum zur Sprache.

Es gibt aber auch positive Ansätze

- der Friedensnobelpreis für die Initiative ICAN für ihr Engagement, ein Atomwaffenverbotsabkommen in der UNO erfolgreich zur Abstimmung gebracht zu haben,
- die großen Demonstrationen gegen TTIP und CETA mit 250.000 Teilnehmer*innen,
- zum G-20-Gipfel vielfältige Gegenaktivitäten und eine Demo mit 76.000 Menschen,
- die neue Unterschriftenkampagne „Abrüsten statt Aufrüsten!“ (<https://abruesten.jetzt>).

Die Herausforderungen nehmen zu und fordern von uns ein verstärktes friedenspolitisches Engagement.

MILITÄRISCHE DROHUNGEN GEGEN RUSSLAND BEENDEN – ABRÜSTEN!

Seit mehr als 15 Jahren betreiben USA, NATO und EU die Einkreisung Russlands durch

- NATO- und EU-Osterweiterungen und das Versprechen, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen,
- die Weigerung der NATO, den angepassten Abrüstungs-

vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zu ratifizieren,

- die US-Doktrin der umfassenden militärischen Vorherrschaft (Full Spectrum Dominance),
- die US-Aufrüstung zum „Prompt-Global-Strike“, also Waffensysteme, mit denen jeder Ort auf der Erde binnen einer Stunde aus der Luft angegriffen werden kann,
- die Modernisierung der US-Atomwaffen,
- die Kündigung des ABM-Vertrages 2002, die die Begrenzung der Raketenabwehrstellungen aufhob, um so ein Raketenabwehrsystem aufbauen zu können.

Die NATO-Staaten geben zwölfmal mehr für Rüstung aus als Russland und unterhalten viermal so viele Soldat*innen.

Den russischen Widerstand gegen den Rechtsputsch in der Ukraine nahmen die NATO-Regierungschefs 2014 zum Anlass, massive Erhöhungen der Rüstungshaushalte zu beschließen. Bis 2024 sollen möglichst zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär ausgegeben werden (2-Prozent-Ziel). Bei uns erweisen sich damals wie heute die Unionsparteien als treibende Kraft, die Rüstungsausgaben von 35 auf 70 bis 75 Mrd. Euro hochzufahren, etwa so viel wie Russland dafür ausgibt. Gelder, die für Bildung, Gesundheit, Pflege, Grundversicherung, Renten und Infrastruktur besser eingesetzt wären. Die Bundesregierung wirkt aktiv mit bei Sanktionen, zunehmender Manövertätigkeit, der Dauerstationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze und der Verdreifachung der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NRF).

Wir fordern ein Ende der Konfrontationspolitik! Abrüsten statt Aufrüsten! Nur Entspannung und Zusammenarbeit schaffen Sicherheit! Als Teil des Abrüstungsprozesses muss Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten, was auch die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte, den Austritt aus der NRF und die Schließung der NATO-Center of Excellence hierzulande einschließt. Wir fordern die Beendigung der Sanktionen gegen Russland. Um die Vereinbarungen von Minsk II in Verhandlungen umzusetzen, ist die Schaffung eines Waffenstillstandes in der Ostukraine die Voraussetzung - US-Waffenlieferungen an die Ukraine sind kontraproduktiv. Die Bundesregierung muss sich für den Erhalt des Neutralitätsstatus der Ukraine einsetzen.

EU-MILITARISIERUNG BEENDEN!

Nach dem Brexit konnten sich deutsch-französische Bestrebungen, die schon im Lissabon-Vertrag der EU festgelegt sind, endlich durchsetzen: die rasante Militarisierung der EU. Zu schneller Eingreiftruppe und Battlegroups kommen ein militärisches Hauptquartier und eine Kriegskasse, der jährlich 1,5 Milliarden Euro für Forschung und Beschaffung von Kriegswaffen und Ausrüstungen entnommen werden. Eine militärische Zusammenarbeitsstruktur (SSZ oder PESCO) wird institutionalisiert, die das Vetorecht im Militärbereich zu-

gunsten von Mehrheitsentscheidungen auflöst. So wird ein militärisches Kerneuropa möglich. Die Umsetzung des „2-Prozent-Ziels“ der NATO rüstet auch die EU auf, denn 21 der 27 EU-Mitglieder sind zugleich in der NATO. Deutschland würde dadurch zur stärksten Militärmacht der EU. Die Bundeswehreinheiten im EU-Rahmen – heute bereits vier in und um Afrika – würden an Intensität und Zahl noch zunehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die EU-Militarisierung auf Null zurückzufahren und sich aus ihren schnellen Eingreiftruppen zurückzuziehen. Der EU-Haushalt muss zivil bleiben. Europäische Rüstungsprojekte sind einzustellen und die „Europäische Verteidigungsagentur“ ist aufzulösen. Ein militärisches EU-Hauptquartier lehnen wir ab. Stattdessen ist die EU auf eine strikt zivile, friedenssichernde Außenpolitik und zum Rückzug ihres Militärs aus allen Einsätzen zu verpflichten - das schließt das Ende aller Bundeswehreinheiten im Ausland ein. Wir treten ein für die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer Abschaffung.

GEGEN DIE MILITARISIERUNG VON BILDUNGSWESEN UND GESELLSCHAFT!

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht sind wir mit einer beispiellosen ideologischen Offensive der Bundeswehr konfrontiert. Propagandisten und Werbespezialisten der Bundeswehr agieren heute in Kommunen, Schulen, Messen („Karrieretreffs“), auf Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen im öffentlichen Raum. Zugleich verstärken Rüstungsunternehmen, Verteidigungsministerium und sogar das Pentagon mit der Vergabe von lukrativen Forschungsaufträgen ihren Einfluss auf staatliche Hochschulen und private Forschungseinrichtungen in Deutschland.

Wir fordern die Kooperationsverträge zwischen Bundeswehr und Schule aufzuheben, Zivilklauseln an Hochschulen flächendeckend einzuführen und dort, wo sie bereits existieren, durchzusetzen. Kooperationen mit Rüstungsunternehmen (z.B. über Stiftungsprofessuren) müssen beendet werden. Friedenserziehung und -forschung sind zu fördern. Jeder öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegenzutreten.

ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN!

Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO trainiert die Bundeswehr den Abwurf von US-Atombomben, die in Büchel/Eifel gelagert sind. Außerdem weigert sich die Bundesregierung, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, den 122 Nicht-Atomkräfte verabschiedet haben. Bis 2026 beabsichtigen die USA, 400 Mrd. Dollar in die Weiterentwicklung ihrer Atomwaffen und Trägermittel zu investieren - einschließlich der 20 Wasserstoffbomben, die ab 2019 in Büchel stationiert werden sollen - um eine regulierbare Sprengkraft sowie präzise Treffgenauigkeit zu erhalten. Zudem will Trump taktische Atomwaffen auf U-Booten stationieren („Mini-Nukes“). Experten warnen davor, dass damit Atomwaffen ihren Abschreckungscharakter

zugunsten einer tatsächlichen Einsatzfähigkeit verlieren. Atomkrieg werde so real möglich gemacht.

Am 5.2.2021 läuft der START III-Vertrag zur Begrenzung der Strategischen Atomwaffenrüstung zwischen den USA und Russland aus. Russland will eine Verlängerung um fünf Jahre, die USA bisher nicht.

Zudem droht eine Eskalation im nichtstrategischen Bereich: Russland wirft den USA vor, den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen zu brechen, weil die Startrampen der NATO-Raketenabwehrsysteme, die in Rumänien seit 2015 einsatzbereit sind und in Nordwestpolen 2018 stationiert werden sollen, mit Atomraketen bestückt werden könnten. Deutschland beteiligt sich an der NATO-Raketenabwehr auf zwei Ebenen: Sie lässt die Befehlszentrale der NATO in Ramstein zu und will sich ab 2020 mit Radaranlagen auf drei Fregatten an der Raketenfrühwarnung beteiligen.

Die USA werfen Russland ihrerseits vor, den INF-Vertrag mit Iskander-M-Raketen zu unterlaufen und drohen mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Eine Wiederauflage der „Nachrüstungsdebatte“ vom Anfang der 80er Jahre droht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und den Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen anzuordnen. Sie soll den Vorschlag der russischen Regierung unterstützen, alle Atomkräfte in Verhandlungen über atomare Abrüstung einzubeziehen. Die Bundesregierung soll sich für die Verlängerung des START III-Abkommens einsetzen. Sie soll von ihrem Vetorecht als NATO-Mitglied Gebrauch machen und die Aufstellung des Raketenabwehrsystems in Polen und Rumänien verhindern. Die Absicht, sich mit Fregatten an der NATO-Raketenabwehr zu beteiligen, muss die Bundesregierung aufgeben. Das reduziert die Kriegsgefahr und baut Spannungen mit Russland ab.

DEN FLÄCHENBRAND IM NAHEN OSTEN STOPPEN!

Der verbrecherische Krieg von Bush und Blair für einen Regime-Change im Irak hat zu einer Stärkung des Iran in der Region geführt. Die sunnitischen Golfmonarchien wollen den gewachsenen Einfluss des Iran zurückdrängen. Dazu diente ihnen der mit US- und deutscher Unterstützung geführte Krieg gegen Syrien, der mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung gescheitert ist. Wirtschaftssanktionen verhindern einen Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr in befriedete Gebiete. Der ähnlich verheerende Krieg gegen Jemen steckt in einer Sackgasse.

Eine weitere Eskalation droht: US-Präsident Trump schmiedet ein Bündnis - bestehend aus USA, Saudi-Arabien und Israel - gegen den Iran. Diese Allianz will das Atomabkommen torpedieren, dabei Wirtschaftssanktionen verstärken, obwohl der Iran sich an das multilaterale Atomabkommen hält. Trump fordert die EU ultimativ auf, auf seinen Konfrontationskurs umzuschwenken. Die Golfmonarchien und Israel werden massiv aufgerüstet – auch von Deutschland. So wird am Pulverfass Naher und Mittlerer Osten gezündelt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht dem Trump-Kurs

gegenüber dem Iran zu folgen und sich für Verhandlungslösungen sowie für die Aufhebung der Iransanktionen aktiv einzusetzen. Die Bundesregierung soll unmissverständlich erklären, dass sie sich in keiner Weise an einem Krieg gegen den Iran beteiligen wird und die US-Basen in Deutschland dafür nicht zur Verfügung stehen werden. Die Sanktionen gegen Syrien sind aufzuheben, der völkerrechtswidrige Syrieneinsatz der Bundeswehr ist zu beenden. Notwendig ist eine Konferenz, die eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten zum Ziel hat.

DIE ISRAELISCHE BESATZUNGS- UND AUßENPOLITIK BEENDEN!

Mit der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und dem Streichen von Hilfgeldern für Palästina hat sich die US-Regierung im Nahostkonflikt demonstrativ auf die israelische Seite gestellt. Militärische Angriffshandlungen der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk und die massive Behinderung des Aufbaus im Gazastreifen werden dadurch belohnt, die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik gefördert, die Region weiter destabilisiert. Ein gerechter Frieden in Nahost auf Basis einer Zwei-Staaten-Lösung wird so fast unmöglich gemacht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, so wie es neun EU-Staaten vor ihr schon getan haben, Palästina als Staat anzuerkennen. Von Israel soll sie den Stopp der Siedlungspolitik, von Israel und Ägypten den gesicherten Zugang zum Gazastreifen und die Aufhebung der Wirtschaftsblockade verlangen. Nur unter diesen Voraussetzungen sind Verhandlungen möglich. Rüstungsexporte an Israel sind sofort zu stoppen.

COUNTDOWN IN KOREA STOPPEN!

Der Konflikt um das Atom- und Raketenprogramm Nordkoreas hat erneut Eskalationsstufen erklommen wie zu Beginn des Jahrtausends – nur jetzt mit qualitativ erhöhtem Zerstörungspotenzial. Eine ganze Region steht auf dem Spiel. Mit weltweiten Auswirkungen. Es könnte ein Atomkrieg „aus Versehen“ ebenso beginnen wie der gefährliche Countdown zum Krieg nicht mehr gestoppt werden.

Das Verhältnis China – USA ist für eine diplomatische Lösung von entscheidender Bedeutung. Allerdings befördert die unnachgiebige Haltung der USA gegenüber Nordkorea dessen atomare Aufrüstung, was wiederum für die USA und ihre regionalen Verbündeten Südkorea und Japan die Begründung für ihre Aufrüstung und die Aufstellung eines umfassenden Raketenabwehrsystems liefert. Diese westliche Aufrüstung in Ostasien fördert wiederum die Konfrontation mit dem aufstrebenden China. Das betrifft auch den Streit um das Südchinesische Meer, wo die chinesische Rechtsauffassung von Russland unterstützt wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre diplomatischen Kanäle zu nutzen, um erfreuliche Gesprächsansätze auf der koreanischen Halbinsel zu unterstützen. Eine Diplomatie der kleinen Schritte ist gefragt, welche vertrauensbildende

Maßnahmen, die zwischen beiden Koreas erarbeitet werden könnten, einschließen und vom Abbau der Sanktionen gegen Nordkorea flankiert werden. Voraussetzung könnte ein Moratorium bei Atom- und Raketentests und Kriegsmanövern sein.

Deutsche Waffenlieferungen - wie Marschflugkörper - an Südkorea müssen gestoppt werden.

RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN – KONVERSION FÖRDERN!

Nach Berechnungen von SIPRI belegt Deutschland 2016 bei der Ausfuhr schwerer Rüstungsgüter Platz 3 in der Welt und damit Platz 1 in der EU. Es ist der höchste Exportwert seit 2007. Deutschland steigerte seinen Ausfuhrwert zum Vorjahr um 57 Prozent!

Saudi-Arabien und andere arabische Staaten bombardieren mit US-Unterstützung Jemen und Saudi-Arabien blockiert dort Seehäfen. Deutschland lieferte u.a. Kampfflugzeugteile und sechs von insgesamt 100 Patrouillenbooten an Saudi-Arabien aus. Der Bundessicherheitsrat hat Mitte Januar 2018 die begrüßenswerte Entscheidung getroffen, an sechs arabische Staaten keine Rüstungsausfuhren zu genehmigen, solange diese sich am Jemen-Krieg beteiligen. Im Jemen herrschen Hungersnot und Cholera.

Die Türkei führt gegen Kurden mit deutschen Kampfpanzern Krieg innerhalb und außerhalb des Landes – in Syrien unter Bruch des Völkerrechts. Sie will 100 ihrer aus Deutschland bezogenen Leopard-Kampfpanzer kriegstauglich modernisieren lassen.

Über 60 Prozent der deutschen Genehmigungen gehen in Länder außerhalb von NATO und EU (Drittländer). Die Richtlinien für Rüstungsexporte sehen Lieferungen in Drittländer nur in Ausnahmefällen vor, die Menschenrechtslage vor Ort muss in Ordnung sein und die Exporte sollen „restriktiv“ gehandhabt werden. Nichts davon wird eingehalten. Die Genehmigungswerte für Munition für Gewehre und Pistolen haben 2016 jegliches Maß gesprengt. Es waren mehr als alle Kleinwaffenmunitionsexporte der fünf Jahre zuvor zusammen. Der Löwenanteil ging in die kriegführenden USA.

Wir fordern das gesetzliche Verbot von Waffenexporten. Zu allererst müssen Lieferungen an kriegführende Parteien gestoppt werden. Das schließt die Türkei ein. Ein Exportverbot für Kleinwaffen samt Munition – nicht nur an Drittländer - und Waffenfabriken ist ein weiteres Zwischenziel auf dem Weg zu einem umfassenden Verbot.

Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen deutscher Rüstungskonzerne dürfen deutsche Exportrichtlinien nicht umgehen. Generell muss es strikte Endverbleibskontrollen, keine Hermesbürgschaften und die Abschaffung der Militärattachés an deutschen Botschaften geben.

Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte (Konversion) muss mit Steuergeldern gefördert werden.

KEINE KAMPFDROHNEN UND KEINE GROßDROHNEN!

2019 will die Bundesregierung einen Vertrag mit den USA über drei Großdrohnen (TRITON/PEGASUS) zur elektronischen Kampfführung abschließen. Damit sollen weltweit

ausländische Regierungen und ihre militärischen Kommandozentralen ausspioniert werden. Zudem beteiligt sich die Bundeswehr am Großdrohnenprojekt AGS der NATO zur Zielerfassung am Boden, will aber auch rein national genutzte Großdrohnen anschaffen. Beide Großdrohrentypen sollen in Jagel bei Schleswig stationiert werden.

Die CDU/CSU will bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr. 2018 soll zudem die Entscheidung fallen, ob eine europäische (Kampf-)drohne entwickelt wird, die 2025 in Serie produziert wird. Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt die Schwelle zum Gewalteinsatz, entgrenzt den Krieg und fördert das Wettrüsten. Experten warnen davor, dass damit die Entwicklung zu Kampfrobotern vorangetrieben wird, die im autonomen Einsatz tödlicher Mittel endet.

Die USA nutzen ihren Stützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz unbehelligt als Relaisstation für ihre weltweiten Drohnen-Tötungen, obwohl es genügend Anhaltspunkte für völkerrechtswidrige Einsätze gibt. Im US-Kommando AFRICOM werden Kampfdrohneinsätze in Afrika geplant.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die weltweite Ächtung von Kampfdrohnen einzusetzen und auf die Anschaffung von Großdrohnen zur Zielerfassung und elektronischen Kriegführung zu verzichten. Die Bundesregierung muss ihrer Kontrollfunktion nachkommen und bei Verletzung der Rechtmäßigkeit die Genehmigung für die US-Stützpunkte und die Relaisstation entziehen. Kalkar/Uedem darf nicht zur Kampfdrohnenkommandozentrale der Bundeswehr, Jagel nicht zum Drohnen-Stationierungsort werden!

URANMUNITION ÄCHTEN!

Seit 1991 setzen die USA und ihre Verbündeten bunker- und panzerbrechende Uranmunition ein: Großflächige Einsätze gab es im Irak, auf dem Balkan, in Afghanistan – und in Syrien wurden zwei Einsätze vom US-Militär zugegeben. Uranmunition ist radioaktiv und extrem giftig, führt zu Krebs, schädigt das Erbgut, führt folglich zu Missbildungen – und das über Generationen.

Wir fordern von der Bundesregierung, einen Prozess zu einem Verbotsverfahren zur völkerrechtlichen Ächtung der Uranwaffen voranzubringen und als ersten Schritt die diesbezüglichen UN-Resolutionen zu unterstützen.

FÜR SOLIDARITÄT MIT MIGRANT*INNEN UND EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK!

Die menschenrechtswidrige Asyl- und Einwanderungspolitik der „Festung Europa“ zielt darauf ab, mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, EUNAVFOR Med „Sophia“ und militärisch-polizeilichen Mitteln die Bewegungen der flüch-

tenden Menschen nach Europa möglichst undurchlässig zu verhindern. Durch ihre Deals mit bewaffneten Gruppen in Libyen, die zur Flucht bereite Menschen abfangen sollen, nehmen die Regierenden darüber hinaus billigend in Kauf, dass diese in libyschen Lagern Menschenrechtverletzungen bis hin zur Versklavung ausgesetzt sind. Nicht Flüchtlinge sind zu bekämpfen, sondern Fluchtursachen.

Wir fordern, dass Menschenrechte durchgesetzt und eingehalten werden. Wir treten ohne Wenn und Aber für das Menschenrecht auf Freizügigkeit ein. Jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben möchte, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen (Charta von Palermo). Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei muss aufgekündigt, die Versuche, Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ zu deklarieren, muss verhindert werden. Hierzulande müssen dafür die materiellen Voraussetzungen (Wohnraum, Bildung, Arbeitsplätze etc.) geschaffen werden, um den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Militäreinsätze vor den afrikanischen Küsten, in Mali, im Sudan, in der Westsahra und Somalia müssen sofort beendet werden. Die Bundeswehreinätze in der Sahel-Zone als Maßnahmen gegen Fluchtbewegungen aus Afrika zu begründen ist Augenwischerei, sollen sie doch geostrategische Interessen in dieser an Rohstoffen reichen Zone verdecken.

Stattdessen brauchen wir ein umfangreiches Investitionsprogramm für die unter Hunger, Not, Krieg und Perspektivlosigkeit leidenden Regionen der Welt – insbesondere in Nordafrika -, das von den Reichen finanziert wird.

NAZIS VERBIETEN! RASSISMUS BEKÄMPFEN!

Die Neonazis von heute stehen in der mörderischen Tradition von Faschismus, Rassismus und Krieg. Die Diskurse über die „Flüchtlingskrise“ in Politik und Medien tragen dazu bei, rechtspopulistischen, rechtsextremen, neofaschistischen und nationalistisch-rassistischen Ideologien, Strömungen und Parteien Auftrieb zu geben.

Wir fordern Neonazi-Aktivitäten zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – lückenlos aufzuklären. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Überwachung und Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten durch den Verfassungsschutz sind zu beenden.

Die Friedensbewegung hat viel zu tun. Packen wir es an!

Redaktionsschluss: 9.2.2018

Kontakt: Bundesausschuss Friedensratschlag,
Germaniastraße 14, 34119 Kassel, E-Mail: bundesausschuss@friedensratschlag.de, Internet: www.friedensratschlag.de